

Koalitionsvertrag von CDU, CSU und FDP: Neuanfang für Deutschland – Rückenwind für Nordrhein-Westfalen (Plenarsitzung vom 04.11.2009)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Löhrmann. – Als nächster Redner hat der Abgeordnete Sagel das Wort. Bitte schön, Herr Sagel.

Rüdiger Sagel*) (fraktionslos): Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Präsidentin! Der Ministerpräsident hat von einem sozialen Ausgleich geredet. Da fragt man sich: Was für ein sozialer Ausgleich soll denn da kommen? CDU, CSU und FDP – das ist die Regierung der sozialen Spaltung. Das ist die Realität, mit der wir hier in Deutschland zu tun haben.

Natürlich ist es sehr interessant, wenn Herr Rüttgers davon redet, dass zum 1. Januar eine Steuergesetzgebung zum Tragen kommen soll, die sowohl von der CDU als auch von der SPD mitzuverantworten ist. Wenn ich so höre, dass der neuen Koalition in Berlin von der SPD-Opposition vorgeworfen wird, neue Mehrwertsteuererhöhungen zu planen, dann kann ich nur sagen: Die SPD sollte sehr vorsichtig sein. Die Nase der SPD ist in dieser Frage sehr lang, ungefähr 19 cm. Partielle Amnesie scheint es da nicht nur bei der CDU zu geben.

Mit der neuen Bundesregierung bekommt Deutschland keine Zukunft, sondern vor allem neue Schuldenberge. Das ist die Realität. Anstatt die Kosten der aktuellen Wirtschaftskrise sozial gerecht zu verteilen und Antworten auf wachsende Arbeitslosigkeit und Armut zu geben, greifen CDU, CSU und FDP den Lebensstandard der Mehrheit der Bevölkerung an. Für Pflege im Alter, Hilfe bei Krankheit und die Bildung der Kinder sollen die Menschen zukünftig selbst aufkommen. Entsolidarisierung wird zur Staatsräson. Freuen können sich die Vermögenden und die Unternehmen. Sie bekommen Steuergeschenke. Die Kosten der Krise aber tragen die Schwachen.

Der radikale Systemwechsel – so steht es im Koalitionsvertrag –, den FDP-Gesundheitsminister Rösler durchsetzen will, macht die Zweiklassenmedizin endgültig zum Behandlungsstandard in Deutschland. Mehr Wettbewerb ohne sozialen Schranken macht die Gesundheit zur Ware. Die beste Gesundheitsversorgung wird an die Meistbietenden verhökert. Das ist hirnverbrannt.

Kopfpauschalen bei Gesundheit und Pflege, eingefrorene Arbeitgeberanteile und höhere Eigenbeteiligungen werden zu dramatischen Beitragssteigerungen für Versicherte und Patienten führen. Das ist der Abschied vom Sozialstaat. Die Finanzierung der Sozialversicherung zur Hälfte durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer wird endgültig aufgegeben. Steigende Kosten für Gesundheit und Pflege tragen zukünftig die Versicherten alleine. Zudem droht eine verpflichtende Zusatzversicherung bei der Pflege.

Der radikale Systemwechsel, den die Linke in NRW fordert, ist orientiert an sozialen Verbesserungen für die Menschen in NRW. Der radikale Systemwechsel, der im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und FDP steht, ist orientiert an finanziellen Verbesserungen für ohnehin schon Vermögende in Deutschland. Die Reise geht genau in die andere Richtung. Reiche werden ent- und die sozial Schwächeren belastet. Das ist unsozial pur statt original sozial, wofür die Linke steht. Sie stehen für einen rechten Systemwechsel. Privat vor Staat -das ist Ihre Politik.

Millionäre und Profiteure der Finanzmarktspekulation werden von der neuen Regierung nicht zur Finanzierung der Krisenkosten herangezogen. Im Gegenteil: Das Kasino ist schon wieder von Ihnen eröffnet. Es gibt Steuerentlastungen auf Pump. Wegen der Wirtschafts- und Finanzkrise brechen bis zum Jahr 2013 rund 315 Milliarden € an Steuereinnahmen weg. Eine Stärkung der Einnahmenseite der öffentlichen Haushalte ist nicht vorgesehen. Die geplanten Steuerentlastungen sollen komplett durch Schulden finanziert werden, die von den Steuerzahlerinnen und -zahlern später abgezahlt werden müssen. Die Reichen freut's, die Armen müssen zahlen, die sozial Schwächeren müssen die Rechnung begleichen.

Von der Steuerentlastung durch die neue Regierung profitieren vor allem überdurchschnittliche Einkommen. Nur Bestverdienende, Vermögende und Unternehmen bekommen wirklich mehr Netto vom Brutto. Zudem wollen CDU, CSU und FDP die Erbschaftsteuer senken und die Konzerne durch eine Unternehmensteuerreform entlasten. Die Steuererleichterungen für untere und mittlere Einkommen hingegen werden von den wachsenden Ausgaben zum Beispiel für Gesundheit und Pflege mehr als aufgezehrt. Im Gegenteil: Das Ganze wird noch viel teurer.

Es gibt auch keine neuen Arbeitsplätze. CDU, CSU und FDP verweigern öffentliche Investitionsprogramme und andere Maßnahmen, mit denen Arbeitsplätze geschaffen oder durch Modernisierung erhalten werden können. Es gibt auch keinen gesetzlichen Mindestlohn. Die Koalitionsparteien sind sich einig, dass es keinen flächendeckenden Mindestlohn geben soll. Stattdessen stellen sie die bisherigen Branchenmindestlöhne infrage. Noch mehr schlecht bezahlte Arbeit – das ist zukünftig die Realität in Deutschland. Die neue Regierung will die Minijobs ausweiten.

Die Ausweitung der Hinzuverdienstgrenze für Hartz-IV-Beziehende bedeutet mehr staatliche Zuschüsse zu schlechten Löhnen. Davon profitieren nur die Unternehmen, denn sie können die Löhne weiter drücken. Es gibt auch keine wirklichen Verbesserungen für die Mehrheit der Hartz-IV-Beziehenden. Kinder aus Hartz-IV-Familien, die höhere Sätze für ein menschenwürdiges Leben am meisten bräuchten,

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

bleiben bei CDU, CSU und FDP draußen vor. Dass der Schonbetrag für Altersvorsorgevermögen von 250 auf 750 € pro Lebensjahr erhöht wird, ist ein überfälliger Schritt. Allerdings kommt er nur einer sehr, sehr kleinen Gruppe von 2 oder 3 % der Hartz-IV-Beziehenden zugute.

Ich komme langsam zum Schluss. – Energie- und Unterkunftskosten sollen zudem pauschal festgelegt werden. Übersteigen die tatsächlichen Kosten die Pauschale, müssen die Hartz-IV-Beziehenden die Differenz mit dem Geld bezahlen, mit dem sie ihren Lebensunterhalt bestreiten. Das ist die Realität.

Es gibt auch noch mehr Altersarmut. Denn die Rente mit 67 soll bleiben. Von sozialem Ausgleich kann ich, ehrlich gesagt, überhaupt nichts erkennen. Es ist Sozialabbau pur.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Original sozial – dafür steht nur die Linke.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Sagel. – Noch ein Hinweis: Aufgrund der technischen Situation ist es für den Redner ganz schwer einzuschätzen, wann sich seine Redezeit tatsächlich dem Ende zuneigt. Denn die Anzeige gibt permanent das Ende der Redezeit an.